

Kombination aus Minijob und ehrenamtlicher Arbeit beim selben Arbeitgeber ist nicht zulässig

Laut Information des Deutschen Frauenrates von 2010 ist es immer häufiger der Fall, dass Pflegeeinrichtungen ihre weiblichen Mitarbeiter mit einer Kombination aus Minijob und ehrenamtlicher Pflegearbeit bezahlen. Die Arbeitgeber können auf diese Weise Sozialversicherungskosten sparen. Dies führte zu einer Anfrage der SPD-Bgeordneten Mechthild Rawert.

Die Regierung stellt in ihrer Antwort fest, dass ein solcher Fall keinesfalls rechtens ist.

Hier der gesamte Text:

Veröffentlichung aus der Drucksache 17/6712 des Deutschen Bundestages vom 29.07.2011

Wie beurteilt die Bundesregierung arbeitsrechtlich die (laut Information des Deutschen Frauenrates von 2010) zunehmend in Pflegeeinrichtungen praktizierte, steuerrechtlich legale Kombination von Beschäftigung im sogenannten Minijob mit einer ehrenamtlichen Pflegeaufgabe in derselben Einrichtung, für die eine Ehrenamtspauschale bis zu 500 Euro pro Jahr oder eine Übungsleiterpauschale bis zu 2 100 Euro pro Jahr gezahlt wird, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um künftig zu verhindern, dass insbesondere weibliches Pflegepersonal auf diese Weise sozialversicherungsfrei und so für den Arbeitgeber kostengünstiger beschäftigt werden kann, obwohl die Gesamtarbeitszeit deutlich über der mit einem Minijob assoziierten geringfügigen Nebenbeschäftigung liegt und solche Personengruppen wegen fehlender Sozialversicherung direkt in die Altersarmut ohne eigene Rente aus Erwerbstätigkeit gehen werden?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ralf Brauksiepe vom 22. Juni 2011

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse darüber vor, dass es „zunehmend“ zu der beschriebenen Kombination von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und steuer- und sozialversicherungsrechtlich privilegierten ehrenamtlichen Auslagevergütungen im Pflegebereich kommt. Bei der sogenannten Übungsleiterpauschale handelt es sich um einen Einkommensteuerfreibetrag in Höhe von 2 100 Euro im Jahr für Einnahmen aus bestimmten ehrenamtlichen Tätigkeiten. Erforderlich hierfür ist, dass es sich um eine nebenberufliche Tätigkeit zur Förderung gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke im Sinne der §§ 52 bis 54 der Abgabenordnung (AO) im Dienst oder Auftrag einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder einer von der Körperschaftsteuer befreiten gemeinnützigen Einrichtung – als Übungsleiter, Ausbilder, Erzieher, Betreuer oder vergleichbare nebenberufliche Tätigkeit, um eine nebenberufliche künstlerische Tätigkeit oder um nebenberufliche Pflege alter, kranker oder behinderter Menschen – handelt (vgl. § 3 Nummer 26 des Einkommensteuergesetzes – EStG).

Die engen Tatbestandsvoraussetzungen dieser Norm – wie zum Beispiel die Nebenberuflichkeit und eine der Förderung steuerbegünstigter Zwecke dienende Tätigkeit für eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine Drucksache 17/6712 – 30 – Deutscher Bundestag – 17. Wahlperiode steuerbegünstigte Einrichtung – schränken den möglichen Personenkreis, der eine solche Pauschale im Bereich der Pflege in Anspruch nehmen kann, erheblich ein. Hinzu kommt, dass

eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer, die oder der eine geringfügige Beschäftigung im Bereich der Pflege ausübt, diese Tätigkeit nicht gleichzeitig ehrenamtlich übernehmen kann. Denn bei der ehrenamtlichen Tätigkeit handelt es sich um eine inhaltlich von der Beschäftigung losgelöste zusätzliche Tätigkeit. Ehrenamtlich nebenberuflich Tätige können unter den Voraussetzungen des § 3 Nummer 26a EStG einen Steuerfreibetrag in Höhe von 500 Euro im Jahr (sog. allgemeiner Ehrenamtsfreibetrag) in Anspruch nehmen, wenn sie für ihre Einnahmen aus nebenberuflicher Tätigkeit im Dienst oder Auftrag einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder einer von der Körperschaftsteuer befreiten gemeinnützigen Einrichtung zur Förderung steuerbegünstigter Zwecke i. S. d. §§ 52 bis 54 AO ganz oder teilweise keine Steuerbefreiung nach § 3 Nummer 26 EStG in Anspruch genommen haben (z. B. weil sie nicht zu dem unter § 3 Nummer 26 EStG fallenden begünstigten Personenkreis gehören).

Diese steuerfreien Einnahmen aus ehrenamtlicher Tätigkeit werden bei der Berechnung der Geringfügigkeitsgrenze nicht berücksichtigt. Daher können aus nebenberuflicher nichtselbständiger Tätigkeit 400 Euro monatlich pauschal versteuert und verbeitragt plus 2 100 Euro im Jahr (z. B. aufgeteilt auf monatliche Beträge von 175 Euro) als ehrenamtlicher Übungsleiter, Künstler oder Pfleger bzw. 400 Euro monatlich plus 500 Euro im Jahr aus sonstiger ehrenamtlicher Tätigkeit bezogen werden.

Die hier dargestellten Grundsätze sind gesetzlich bzw. in Verwaltungsvorschriften eindeutig geregelt und veröffentlicht, so dass kein weiterer abstrakter Regelungs- oder Klärungsbedarf besteht. In ihnen ist festgelegt, dass die sozialversicherungsrechtlichen und steuerlichen Vergünstigungen nur für „echte“ nebenberufliche Tätigkeiten gelten.

Da es in einigen Fällen bei der Nutzung dieser Gestaltungsmöglichkeiten zu einem sog. Gestaltungsmissbrauch kommen kann, wenn z. B. eine gemeinnützige Einrichtung Vollzeitpflegekräfte beschäftigt, deren einheitliche Tätigkeit ohne nachvollziehbare Kriterien in einen sozialversicherungsrechtlich und steuerlich nicht begünstigten

„Hauptberuf“ und eine „nebenberufliche, ehrenamtliche“ Tätigkeit aufgeteilt wird oder steuerpflichtige Einrichtungen ihren Beschäftigten die Geltendmachung der sogenannten Übungsleiterpauschale versprechen, wird die Gestaltung dieser Beschäftigungsverhältnisse durch die Rentenversicherung im Rahmen der Betriebsprüfung geprüft.